

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Guido Seidler in Viebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich.

Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 Spalten
Colonette oder deren Raum 15 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Bezugspreis: monatlich 70 Pfg. einjährl.
Bringetlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Nr. 2.

Dienstag, den 7. Januar 1919

Postfachnummer
Frankfurt (Main) Nr. 1314

13 Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 10.

Bekanntmachung.

Durch Aufhebung der Beschlagnahme von Leder, Häuten und Fellen im besetzten Gebiet werden Bestimmungen über Höchstpreise nicht berührt. Ebenso bleiben Bestimmungen über Verteilung dieser Rohstoffe Verteilung nach Schlüssel, Rundenliste usw. in Kraft, soweit diese bisher von der Zwangsbeschaffung erfasst waren.

Wiesbaden, den 14. Dezember 1918.

Der Demobilisationskommissar.
G. J. J. J.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 27. Dezember 1918.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Nr. 11.

Unter dem Rindviehbestand des Landwirts Heinrich Fischer in Driedenbergen ist die Maul- und Klauenseuche amtserärztlich festgestellt worden. Die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind angeordnet.

Wiesbaden, den 2. Januar 1919.

Nr. 12.

Verzeichnis

der im Jahre 1919 im Landkreis Wiesbaden zu veranstaltenden Hauskollekten.

Nr.	Zweck der Kollekte	Sammelzeit	Es darf gesammelt werden bei
1	Für den Rettungshausverband	Januar	den ev. Einm.
2	den Guts- und Hofbesitzern	Februar	den ev. Einm.
3	die Jüdischen Anstalt Schwestern	März	den ev. Einm.
4	die Anstalt Bethel	April	den ev. Einm.
5	den evangel. kirchl. Hilfsverein, Kreisverband Wiesbaden	April	den ev. Einm.
6	den Siedlungsverein Johannesstift Wiesbaden	April	den ev. Einm.
7	den Diakonieverein	April	den ev. Einm.
8	die Blindenanstalt Wiesbaden	Juli	den ev. Einm.
9	den Verein Kinderheim (Häufelstraße 10) Wiesbaden	August	den ev. Einm.
10	das Diakonissen-Mutterhaus Paulinenstift Wiesbaden	September	den ev. Einm.
11	das evangel. Rettungshaus Wiesbaden	September und Oktober	den ev. Einm.
12	die Waisenkollekte	Oktober und November	den ev. Einm.
13	die Blindenanstalt Wiesbaden	November	den ev. Einm.
14	die Diakonissen-Kinder-Heimstättenanstalt Wiesbaden	November	den ev. Einm.
15	der Kleinkinder-Heimstättenverein i. D. Sonnenberg.	1. 11. bis 31. 12. 19.	den ev. Einm.

Dieses Verzeichnis bringe ich zur Kenntnis der Kreisangehörigen.

Wiesbaden, den 2. Januar 1919.

Nr. 13.

Auf Befehl des kommandierenden Generals werden bei Schneefällen folgende Maßnahmen getroffen:

Beim Eintreten von Schneewetter, sollen folgende Maßnahmen getroffen werden:
Die Bürgermeister requirieren alle verfügbaren Arbeiter. Sobald es zu schneien anfängt, haben die Arbeiter erst die folgenden Heeresstraßen und dann die Wege innerhalb ihrer Gemeinden vom Schnee zu säubern:

Wiesbaden-Biebrich,
Wiesbaden-Erdemheim-Hattersheim,
Erdemheim-Körfel,
Wiesbaden-Neuhof,
Wiesbaden-Langenscheidt.

Auf diesen Heeresstraßen ist die Begräumung durch den Schneehaufen, die den Verkehr hindern könnten, vorzunehmen wie bei Schneefällen, Dorfstraßen und Durchfahrten.

Sollte das Schneewetter anhalten, werden die Bürgermeister, die in ihren Gemeinden vorhandenen Schneepflüge zur Begräumung des Schnees auf den Straßen anzuwenden.

Es ist vorzunehmen, daß Kinder mit Schlitten auf den Straßen gespielt haben. Es werden Befehle erteilt, daß das Spielen auf den Straßen verboten ist, da das Spielen auf den Straßen gefährlich ist.

Capitaine A. Boillau.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 4. Januar 1919.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Nr. 14.

An die Herren Bürgermeister im Kreise.

Es sind Listen 1) von denjenigen Personen an das Landratsamt einzubringen, die vor dem 1. August 1914 nicht in der betreffenden Gemeinde anässig waren, und 2) von den Personen, die die Erlaubnis haben, mit Nachbargemeinden ständig zu verkehren. Auch der Einbürgerung dieser Listen sehe ich alsbald entgegen.

Wiesbaden, den 4. Januar 1919.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Nr. 15.

An die Herren Bürgermeister im Kreise.

Alle Pferde, die im Landkreis Wiesbaden geschlachtet werden, sind daraufhin zu begutachten, ob die Pferde für Arbeits- oder andere Zwecke nicht mehr in Frage kommen. Die Begutachtung hat im allgemeinen der zuständige Tierarzt, und wo dies nicht möglich ist, ein von dem Bürgermeister bestimmter sachkundiger Mann vorzunehmen. Die Gebühr für die Begutachtung beträgt 1.50 Mark. Die Bürgermeister wollen mir alsbald die Namen derjenigen Tierärzte oder sachkundigen Leute mitteilen, die für die Begutachtung bestimmt haben. Jeder Pferdewerter des Kreises, der diese Anordnung übertritt, hat die sofortige Entziehung der Schlachtkonzession zu erwarten.

Wiesbaden, den 4. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B. Schmitt.

Nr. 16.

An die Herren Bürgermeister im Kreise.

Ich erinnere die Herren Bürgermeister an die sofortige Einleitung der Personal-Ausweise, die hier am Landratsamt abgeholt werden müssen. Die Nichtbefolgung dieser Anordnung kann für die Gemeinden schädliche Folgen haben.

Wiesbaden, den 4. Januar 1919.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Nr. 17.

An die Magistrat und Gemeindevorstände.

Auf Anordnung des Kommandanten militärisch ist umgehend und bestimmt bis zum 9. d. M. zu melden, welche Vorräte an Zuckerrüben bei einzelnen Landwirten in der Gemeinde noch vorhanden sind.

Fehlende Vorräte sind umgehend zu melden.

Einige vorhandene Vorräte dürfen bis auf weitere Verfügung aus dem Kreis nicht ausgeführt werden.

Wiesbaden, den 6. Januar 1919.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Nr. 18.

Bekanntmachung.

Jedes Gesetz für eine Wahlvorstellung ist zuerst an den Administrateur militärisch durch die Bürgermeister zu richten.

H. Boillau.

An die Beiratsmitglieder und die Erziehung der wirtschaftlichen Fragen mit zuständigen Vertretern der Gewerbe, Handels- und Industriezweige, bitte ich um schneidende Angabe aller wirtschaftlichen Einrichtungen oder Vereine wie Handelskammer, Handelsvereine, landwirtschaftliche Vereine, Genossenschaften, gewerbliche Vereinigungen, Innungen usw., welche ihren Sitz im Landkreis selbst haben oder im Landkreis Einfluss ausüben. Administrateur militärisch an den Kreis Wiesbaden (Campagne).

H. Boillau.

Wird veröffentlicht mit dem Erlaß bis 10. Januar 1919 das Verzeichnis hier einzulegen.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Verkleinerung der Pacht- und Mietverträge sowie der Automaten und Musikwerke.

A. Im Monat Januar 1919 sind zu verkleinern:
1. sämtliche nach Artikel 48 I des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 und 26. Juni 1909 stempelsteuerverpflichteten Pacht- und Mietverträge (auch die nur mündlich abgeschlossenen sowie die Pacht- und Mietverträge, welche im Kalenderjahr 1918 in Geltung gewesen sind);
2. die nach Artikel 11a des genannten Gesetzes steuerpflichtigen Automaten und mechanischen Musikwerke.

B. Die Verkleinerung hat zu erfolgen:
1. durch die dem Pächter oder Vermieter obliegende Einreichung eines Pacht- und Mietverzeichnisses und Einzahlung der Steuer bei den Zollstellen oder Stempelverwaltungen, die auch die Vorbrücke zu den Verzeichnissen unentgeltlich verabsorgen;
2. durch Anmeldung des Automaten oder Musikwerks beim Zollamt des Eigentümers oder Ausleihers bei der zuständigen Zollstelle.

C. Nicht oder nicht rechtzeitig bewirkte Verkleinerung zieht Bestrafung nach sich.

Wegen des vorausgesetzten Antrages bei den Zollstellen wird die alsbaldige Verkleinerung empfohlen. Als Stempelverwalter für Wiesbaden ist der Kaufmann Götzel hier, Kirchgasse 54 beauftragt.

Wiesbaden, den 27. Dezember 1918.

Hauptpostamt.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Übersicht über die Aufgaben der Regierung.

Berlin. Übersicht über die beiden Vorständen der Reichsregierung hat einen Vertreter des Reichstages empfangen. Er äußerte sich ihm gegenüber folgendermaßen: Mit dem Eintritt meiner zwei Freunde Roste und Köhler hat Deutschland zum ersten Male eine reine Parteiregierung. Wir sind uns bewusst, was das bedeutet, sowohl nach der Seite der anderen Parteien als auch nach der Verantwortung unserer eigenen Partei gegenüber. Aber Sie werden aus fast allen Blättern erfahren haben, wie sympathisch die Rost- und Köhler-Union begrüßt worden ist. Das bedeutet natürlich keine Zustimmung zu unserem Parteiprogramm, wohl aber zu unserem Regierungsprogramm, welches Einheitsfront des Volkes und Handhabung an die erste Stelle setzt. Damit wollen wir bis zur Nationalversammlung das Reich vor Erschütterungen bewahren. Dann wird die Abstimmung zeigen, ob die Mehrheit des Volkes eine andere Regierung wünscht oder hinter uns steht. Wir sind der Überzeugung, daß nur eine Regierung, die in sich keinerlei Widersprüche zu überwinden hat, also aus einem Holz geschnitten ist, sich jetzt durchsetzen kann. Diese Regierung glauben wir zu sein. Dabei fühlen wir uns keineswegs als Ausschuss unserer Partei, sondern als Beauftragte des ganzen Volkes, ebenso wie wir keine Berliner Regierung sein wollen und können, sondern eine deutsche. Es ist viel darüber geschrieben worden, ob und welcher Süddeutsche noch in das Kabinett zu berufen sei. Das erste, was ich noch in der Nacht getan habe, nachdem die Unabhängigen ihren Austritt erklärt war, daß ich an verschiedene Parteifreunde in Süddeutschland telegraphierte, um ihre einmalige Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung festzustellen. Aber eine Entscheidung, unter der leider unsere ganze Parteipolitik selbst, hat sich auch hier gezeigt. Fast alle führenden Männer sind schon in irgend einer Weise an den Regierungsgeschäften beteiligt, jedoch mit mir unter anderen Bemühungen bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt haben. Wir hoffen aber, daß es uns noch gelingen wird, wie überhaupt unter Bestreben sein wird, in engerer Fühlung mit den deutschen Freikämpfern die Reichsregierung zu führen, um auch durch diese ständige Zusammenarbeit die Reichseinheit klar zum Ausdruck kommen zu lassen. Darin stimmen wir mit den Regierungen Süddeutschlands vollständig überein.

Unser nächste dringende Aufgabe wird es sein, der Regierung einen Rückhalt in der neu zu schaffenden Volkswirtschaft zu geben. Das wird sich hauptsächlich Staatssekretär Roste angehen sein lassen. Sodann wird es Schiedsmann Aufgabe sein, seine Arbeit der Friedenskonferenz zu widmen, die diplomatisch und politisch vorzubereiten uns jetzt eine so vorzügliche Arbeit wie der neue Staatssekretär Graf Knappe zur Verfügung steht. Wiffel hat dafür zu sorgen, daß das Schiedsamt von der sozialistischen Republik Deutschland aus einem Schiedsamt zur Aufgabe werde, d. h. daß neben den politischen Rechten auch die wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen des arbeitenden Volkes erfüllt werden. Ich selbst sehe meine hauptsächlichste Aufgabe in der Vorbereitung der Nationalversammlung, von der für uns drei der wichtigsten Errungenschaften abhängen: Frieden! Freiheit! Brot! Es muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden, daß sowohl die Wahlen, wie nachher die Nationalversammlung selbst absolut ungehindert und unbeeinträchtigt verlaufen können. Aber auch der gewaltige Stoff, der der Beratung und Befehlshaltung unterliegen soll, muß geordnet werden, wenn es der Konstituante mit Erfolg gelingen soll, ihr Ziel zu erreichen und eine verfassungsrechtliche Grundlage für die junge deutsche Republik zu schaffen. In diesen Wahlen und mit diesen Kräften gehen wir ins neue Jahr.

Trübe Aussichten.

Berlin. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. August Müller, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, hielt einen Vortrag über die wirtschaftlichen Grundfragen, die in seinen Arbeiten bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches Anwendung finden sollen.

Er sagte: Die Frage, ob eine baldige Wiederherstellung der Volkswirtschaft möglich ist, ist zu verneinen. Wir haben in der Welt alle Abnehmer verloren, daher in Amerika einen überhöhten Konkurrenzrenten bekommen. Die Schwierigkeiten werden noch dadurch, daß der Verband die Wirtschaft leidet, und wir es nicht auszuweichen, die Wirtschaftsumkehr in Händen hat, so wie durch die ungenutzte Ausrüstung der industriellen Anlagen bei dem Verband der wahren keine Wirtschaft leidet auf die Wirtschaftswirtschaft umzuwandeln. Es ist eine Aufgabe, die nicht leicht zu bewerkstelligen ist. Unsere Weg zu werden es umhauen, und wir müssen uns darauf einlassen, daß wir uns an die Wirtschaftswirtschaft anpassen, so wie wir es bisher vorziehen, uns die Herrschaft zu liefern. Es kommt hinzu, daß unsere Volkswirtschaft durch Kriegsschuld und gewaltige Entschädigungspflichten belastet ist. Ich habe Weinachten mit den Franzosen in Luxemburg verbracht. Ich kann Ihnen sagen, daß Frankreich und Belgien in diesem Punkte unerbittlich sein werden. Wir sind zu einer Wirtschaftspolitik gezwungen, die rationelle Produktion und Distribution regelt. Wir können diese Aufgaben aber nicht mit dem Wirtschaftsentwurf lösen, die jeweiligen Röhre nicht weiter ziehen. Mit dem Abbau des Rohstoffes muß aber zugleich ein Abbau der Preise erfolgen. Auf dem Gebiet der Verteilung denke ich an eine planmäßige Genossenschaftsorganisation. Die Industrie wollen wir nicht bürokratisieren. Wir haben noch Ideen für Industriewerkverbände mit Selbstverwaltung, auf die alle der Staat in verschiedenen Richtungen Einfluss hat. In Ergänzung ist die Arbeit durch großzügige Innenkonflikte. Wir werden nicht etwa leben Wirtschaftswirtschaft zerlegen, sondern sind für eine gesunde Mischung der bestehenden Verhältnisse. Von Entzweiung, von bürgerlichen Gedanken wollen wir nichts wissen. Mein Ziel ist, die heimische Scholle soll einen möglichst großen Produktionspotenzial erreichen. Ich denke auch an eine finanzielle Wirtschaftspolitik mit Anleihen an unsere Wirtschaft und künftigen Nachbarn. Es ist mir zweifelhaft, ob die Welt für Sozialisierungsarbeiten reif ist. Was hätte der Staat z. B. für Vorteile von der Sozialisierung der Hamburg-Amerika-Linie? Der Verband hat erklärt, daß er jedes Staats-eigentum als Pfand betrachtet. Wollen Sie ihm neue Pfänder in Gestalt verstaatlichter Röhrengruben liefern? Über einer Verneinung von Kommunal-, Staats- und Reichsbetrieben bin ich nicht abgeneigt. Für das Reichswirtschaftsamt ist vor allem immer die Frage maßgebend, welche Wirtschaftsfaktoren die rationellere vom Standpunkt der Allgemeinheit, nicht der Arbeiter. Die Sozialisierungskommission ist nicht mit dem RWA gleichbedeutend. Aus dem RWA heraus, vor Vorhandensein der verfassungsmäßigen Stellen, soll überhaupt nichts verfassungsrechtlich werden, das wäre unheimlich.

Die deutsche Ein- und Einzahl betragen im Jahre 1913 rund 21 Milliarden. Heute ist aber unsere Einzahl nahezu verdoppelt. Die Landwirtschaft allein genügt nicht, die drohende Verdrängung der Nation aufzunehmen, zumal da diese, von den großen Erträgen angezogen, das Land meiden. Wenn nicht internationale Abmachungen getroffen werden über Abfuhr, Sozialisierung usw., so wird besonders der letzte Teil unserer Bevölkerung, der für die Auswanderung in erster Linie in Betracht kommt, allerdings durch seine Begehrtheit die heutigen Verhältnisse weitestgehend mitgeprägt haben, unter dem Druck der Verhältnisse in anderen Ländern sein Brot zu wesentlichen ungünstigeren Bedingungen als vor dem Kriege finden müssen. Wir gelangen dann dahin, daß im Ausland nicht das deutsche Erzeugnis, sondern der deutsche Arbeiter gefordert wird mit allen Mitteln bekämpft wird. Dort würde ihm das Leben nicht leicht gemacht werden; das Segen der Sozialversicherung, wie er ihn in Deutschland genoss, würde er nicht teilhaftig sein, und mit der Arbeitszeit würde er sich den herrschenden Anschuldigungen anpassen müssen. Eine solche Ausfuhr von Menschen würde aber andere Staaten stark und zu gefährlichen Wettbewerbern machen, während wir Ausfuhr von Waren brauchen. Es darf das einseitige Zusammenarbeiten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von Unternehmern und Gewerkschaften, um zu verhindern,

Bermisötes.

